



Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich Arbeitsgemeinschaft Alter

Andere machen mit Sozialpolitik Wahlkampf Die SP kämpft für eine gute Sozialpolitik

Der Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft Alter der SP Kanton Zürich beobachtet mit grosser Sorge die jüngsten Entwicklungen in der kantonalzürcherischen Sozialpolitik. Seit Beginn des Wahlkampfs hat sich der Ton drastisch verschärft. Dass rechts der Mitte Sozialleistungen ins Visier genommen werden, ist nicht neu - 2013 waren es als ein Beispiel die Beiträge an Institutionen für Menschen mit Behinderung, anfangs 2014 kamen die Kleinkinderbeiträge unter Beschuss. Im Parlament häufen sich dieses Jahr Vorstösse, deren Ziel es ist, die Sozialhilfe zu beschneiden und Sozialhilfebeziehenden immer rigideren Regelungen zu unterwerfen. Als vorläufiger Höhepunkt wird die Aufhebung der Rechtsverbindlichkeit der SKOS-Richtlinien propagiert, und bereits zeichnen sich Angriffe auf Beihilfen und Zuschüsse zu den AHV/IV-Renten ab.

Der Ausschuss der AG Alter will diese Entwicklung nicht wort- und tatenlos hinnehmen und unterbreitet der DV deshalb die folgende Resolution.

Resolution

Mit wachsender Sorge und Empörung nimmt die SP Kanton Zürich zur Kenntnis, wie mit dem Abbau von Sozialleistungen im Parlament und in der Öffentlichkeit Wahlkampf betrieben wird. Die soziale Frage wird auf Finanzen und Missbrauch reduziert. Als Lösungen werden immer weitergehende Einschränkungen und Deregulierungen bis hin zur Aufhebung der Rechtsverbindlichkeit der SKOS-Richtlinien propagiert. Mit simplen Rezepten sollen Meinungen beeinflusst und Stimmen gesammelt werden.

Für die SP sind soziale Probleme nicht nur im Wahlkampf präsent. Sie sind ein zentrales Thema ihrer täglichen politischen Arbeit für die Rechte benachteiligter Menschen. Menschenwürde und Selbstbestimmung sind nicht verhandelbar. **Die SP wird sich auch im Wahlkampf nicht scheuen, entschieden dafür einzustehen.** In der Diskussion fechten ihre Vertreterinnen und Vertreter nicht mit Vermutungen und Unterstellungen, sondern mit klaren Fakten.

Die SP übersieht die Schwächen der Hilfssysteme nicht. Sie sucht deren Ursachen aber nicht einfach in individuellem Fehlverhalten, sondern benennt die komplexen gesellschaftlichen Ursachen. Sie präsentiert Lösungsansätze, welche parteiübergreifend für liberal und sozial Gesinnte, die über die Wahlen hinaus in grösseren Zusammenhängen denken, mehrheitsfähig sein können.

Ausschuss Arbeitsgemeinschaft Alter

Einstimmig verabschiedet an der Delegiertenversammlung am 15.12.2014